

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag  
7. Mai 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 2506-2507  
Fernsprecher  
auf der Reichs-Postkarte-Adresse:  
Wilhelm 5744

## Schutz den Schiebern.

### Die Rechtsparteien stimmen gegen die Besteuerung der Inflationsgewinner. Der sozialdemokratische Antrag gegen ihre Stimmen angenommen.

Im Aufwertungsausschuss des Reichstags wurde heute die Beratung über den Antrag Reil (Soz.) fortgesetzt, der zwecks Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung öffentlicher Anleihen eine Sonderbesteuerung der Vermögen, die bei Kriegsbeginn neu entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht weislich vermindert haben, und der Gewinne aus Grundstücksveräußerungen verlangt. Die Beschlussfassung über den Antrag war in der letzten Sitzung vor Ostern zurückgestellt worden, weil zunächst eine Denkschrift über die Besteuerung von Inflationsgewinnen von der Regierung gewünscht wurde. Diese Denkschrift liegt bekanntlich jetzt vor. Sie lehnt die Besteuerung der Kreditgewinne ab und weicht der Frage einer Sonderbesteuerung der erhaltenen, neu entstandenen und gewachsenen Vermögen aus.

Abg. Reil erklärte, seine Partei sei in ihrer Ueberzeugung von der Notwendigkeit der geforderten Sondersteuer durch die Denkschrift nicht erschüttert worden. Der Beschluss müsse sofort gefasst und die Vorlage raschestens eingebracht werden, damit sie gleichzeitig mit den Aufwertungsarbeiten verabschiedet werden könne.

Freiherr v. Althofen (Dem.) sprach sich aus den gleichen Gründen für den Antrag aus, die geforderte Sondersteuer entspreche nur einem Gebot steuerlicher Gerechtigkeit.

Von den Abgg. Steiniger und Hergt (Dnat.), Wunderlich (Sp.) und Scheller (Z.) wurde der formelle Einwand erhoben, daß die Regierungsdienstschrift dem Steueraussschuss und nicht dem Aufwertungsausschuss überwiesen sei. Abg. Wunderlich machte leider geltend, seine Fraktion habe noch nicht zu der Frage Stellung genommen, er persönlich sei in seiner Meinung, daß die Vermögenszuwachssteuer möglich sei, stark erschüttert worden. Abg. Hergt wandte sich mit aller dialektischen Gewandtheit gegen die Beratung der Frage, weil der Aufwertungsausschuss offiziell von der Denkschrift keine Kenntnis habe und sie dem Steueraussschuss nicht wegnehmen könne. Abg. Scheller unterstützte zunächst diesen formellen Einwand, nahm aber schließlich gegen die Denkschrift Stellung, die den Gehalt der Aufwertungsvoorlagen atmet.

Abg. Jürgensen (Wirtsch. Part.) schloß sich Herrn Hergt an. Im Verlauf der Erörterungen stellte Hergt, unterstützt von anderen Abgeordneten der Rechten, den Antrag, in einer gemeinsam mit dem Steueraussschuss abzuhaltenden Sitzung über die Denkschrift und den Antrag Reil zu beraten.

Mit aller Schärfe trat Abg. Reil (Soz.) dem Verschleppungsmanöver entgegen. Die Denkschrift sei vom Aufwertungsausschuss verlangt. Die Verweisung an den Steueraussschuss sei ein formales Versehen, der Zusammenhang der verlangten Sondersteuer wie der Aufwertungsfrage liege auf der Hand. Es sollen Mittel für die Aufwertung beschafft werden. Der Wunsch nach einer gemeinsamen Sitzung sei schon vor fünf Wochen laut geworden, die Sitzung sei aber nicht anberaumt worden. Es dürfe keine Stunde versäumt werden, denn die verarmten Anleihegläubiger warteten auf die Hilfe der Gesetzgebung. Wer von Ethik, Sittengesetz, Treu und Glauben usw. spräche, die bei der Aufwertung gewahrt werden müssen, dürfe die Entscheidung nicht weiter verschleppen.

Die Abgg. Kofj (Z.) und Dr. Best (Dnat.) stimmten dem Abg. Reil zu. Auch Höllein (Komm.) verlangte sofortige Entscheidung und beantragte Vorlegung des gewünschten Beschlusses unter Bezugnahme auf einen schon früher gestellten kommunistischen Antrag binnen vier Wochen. Die Regierung war charakteristischerweise nicht durch den Minister oder den Staatssekretär, sondern lediglich durch einen Ministerialrat vertreten, der sich den formellen Einwänden der Rechtsparteien angeschlossen, und auf die an ihn gestellte Frage, ob die Regierung nicht längst einen Gesehentwurf zur Besteuerung der Vermögensgewinne ausgearbeitet habe, den sie auf Verlangen jederzeit vorlegen könne, die Antwort schuldig blieb.

Für den Fall, daß entgegen ihrem Verlangen eine sachliche Entscheidung heute nicht getroffen werde, kündigten die Sozialdemokraten an, daß sie gleich morgen in der Sitzung des Steueraussschusses die Beratung dieser Fragen verlangen und eventuell sofort auch dem Plenum einen entsprechenden Antrag vorlegen werden.

Trotz aller Schachzüge gelangen den von Herrn Hergt geführten Rechtsparteien ihre Verschleppungsmanöver nicht. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages Höllein, für den nur die Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten. Der Verschleppungsantrag Hergt wurde abgelehnt mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Demokraten und der Abgeordneten Kofj (Z.) und Dr. Best (Dnat.). Mit denselben Stimmen (14 gegen 12) wurde der Antrag Reil angenommen. Der Vorsitzende Dr. Stalder stimmte bei den beiden ersten Abstimmungen nicht mit, beim Antrag Reil mit der Minderheit. Sein Versuch noch Annahme des Antrages Reil, doch noch eine gemeinsame Beratung mit dem Steueraussschuss herbeizuführen, stieß beim Ausschuss auf Widerstand. Der Beschluss des Ausschusses wird vielmehr direkt dem Plenum zur Beschlussfassung unterbreitet.

vorliegenden Meldungen, daß die an Deutschland zu richtende Note so kurz wie möglich sei und sich lediglich darauf beschränke, die von der Kontrollkommission festgestellten Verletzungen aufzuzählen mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß, sobald die Verletzungen wieder gutgemacht seien, nicht nur die Kölner Zone unverzüglich geräumt, sondern auch die Interalliierte Kontrollkommission durch Ueberwachungsorgane des Völkerbundes ersetzt werden solle. Nach der Auffassung der englischen Regierung sei es ferner nicht notwendig, Deutschland für die Durchführung der ihm auf dem Gebiete der Abrüstung noch obliegenden Maßnahmen eine bestimmte Frist zu stellen. England wünsche vielmehr, daß Deutschland die Möglichkeit erhalte, sich so rasch wie möglich mit den Bedingungen, von denen der Friedensvertrag die Räumung von Köln abhängig macht, in Einklang zu setzen. In Paris, wo das Mikroskop gegen die deutschen Absichten seit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten größer denn je ist, scheinen diese englischen Vorschläge jedoch einstweilen noch auf starken Widerspruch zu stoßen.

### Tagung der Völkervereinigung.

Paris, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Völkervereinigung wird auf Antrag Englands wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche zusammenzutreten, um in der Frage der deutschen Entwaffnung und der Räumung Kölns endgültige Beschlüsse zu fassen, die in der letzten Sitzung vertagt werden mußten, da mehrere Mitglieder ohne Anwesenheit ihrer Regierung waren.

### Die französischen Stichwahlen.

#### Kein Zusammengehen der Sozialisten mit den Kommunisten

Paris, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistischen Verbände des Seine-Departements haben am Mittwoch über die Taktik für die Stichwahl beraten. Dabei kam es zu einer lebhaften Aussprache über den Vorschlag der Kommunisten, am Sonntag gemeinsame Listen aufzustellen. Dieser Vorschlag wurde von Longuet und Syromski bestritten. Mit 1968 gegen 1021 Stimmen wurde jedoch schließlich jedes Zusammengehen mit den Kommunisten abgelehnt. Für Paris wurde beschlossen, daß in all den Bezirken, wo der sozialistische Kandidat an der Spitze der Kartellkandidaten steht, die sozialistische Kandidatur aufrechterhalten wird; in allen anderen Fällen soll sie zugunsten des begünstigten Kartellkandidaten zurückgezogen werden. In den Bezirken, in denen sozialistische Kandidaten gegen Kommunisten stehen, soll die sozialistische Kandidatur ebenfalls aufrechterhalten werden, wenn die Gesamtziffer der verschiedenen Kandidaturen der Linksparteien größer ist als die der Kommunisten.

Das republikanische Bolklein. Die Präsidentschaftswahlen in Belgien haben zum Siege des republikanischen Kandidaten Dr. Josef G. Billonova geführt. Vizepräsident: Dr. Adon E. Saavedra.

## Benesch und der Anschluß.

### Der Widerstand der tschechischen Regierung.

Die Genfer Sanierung hat der Inflation in Deutschösterreich ein Ende gemacht. Dieses Ende wurde nicht, wie die Sozialdemokraten vorgeschlagen hatten, aus eigener Kraft herbeigeführt, sondern durch Völkerbundkredite. Das hat die Abhängigkeit Deutschösterreichs in Sklaverei verwandelt. Die Seipel-Regierung mußte nochmals „freiwillig“ auf den ohnehin schon friedensdiktatorisch verbotenen Anschluß an Deutschland verzichten, die gesamten Staatsfinanzen dem Völkerbundskommissar Zimmermann unterstellen, Abbau von Zehntausenden Staatsangestellten und ärgste Drofflung der Staatsausgaben auf sich nehmen. Während die aus eigener Kraft sanierte, sozialdemokratisch verwaltete Gemeinde Wien im laufenden Jahr 25 000 Wohnungen baut, durch ihre Elektrowerksbauten an Alpenflüssen u. a. m. weitere tausende Arbeiter beschäftigt, den Strompreis und die Fürsorgeabgabe für die Industrie ermäßigt, stehen die angefangenen Siedlungsbauten des Staates verlassen da, und von Notstandsarbeiten ist für den Bund und die ebenso christlichsozial-großdeutsch verwalteten Länder keine Rede.

Zu den Abgebauten kam bald ein rasch wachsendes Heer von Arbeitslosen. Die Industrie erhielt Geld von Banken nur zu wucherlich hohen Zinsen, die die Produktion exporthindernd verteuern. Auslandsanleihen bekam sie gar nicht, weil das wohlunterrichtete Kapital kein Vertrauen in die Lebensfähigkeit Deutschösterreichs hat. Was da noch an Exportmöglichkeit bleibt, ist verschüttet durch die Zollsperrn der Nachfolge- und Balkanstaaten, während Aufschuß als Abnehmer größenteils ausgefallen und die Konkurrenz gegen die modernere und kapitalstärkere reichsdeutsche Industrie sehr schwer ist. Der gedroffelte Staat zahlt nur eine sehr knappe Erwerbstlosenunterstützung und die nur auf kurze Zeit. So ist das Masseneindurchbrechen, zumal die Preise in dem zur Selbsternährung unfähigen Lande sich kaum von unseren reichsdeutschen Ueberweltpreisen unterscheiden.

Der Völkerbund hat auf alle Hilferufe Deutschösterreichs nur die Antwort: „Baut vollständig ob — wir haben volles Vertrauen zu Zimmermann.“ Soeben hat das Völkerbundskomitee es sogar fertig gebracht, seinem Zimmermann die Entscheidung darüber zuzumessen, ob die weitere Elektrifizierung der Alpenbahnen eine produktive Sache sei, für die die Reste der Völkerbundanleihe hergesehen werden dürften! Also, vom Völkerbund erhalten die Deutschösterreicher nur Steine statt Brot, und der eingeborene nationale Drang zur Vereinigung mit dem übrigen Deutschland wird zum elementaren Trieb, da man sich über die eigene staatliche Lebensunfähigkeit klar ist und man dem großen reichsdeutschen Wirtschaftsgebiet zugehört, mit dem eigenen Volk das Schicksal teilen will.

Da aber kommt Herr Benesch und etabliert, da die Clemenceau-Poincaristische Anschließgegnerheit selbst in Frankreich zurückgezogen ist, seine Souveränität über Mitteleuropa als einen rochen de bronze und sich selbst als Vater der Hindernisse. Er schließt in Warschau ein Abkommen mit dem gestern noch recht verfeindeten Polen: „Ich mit dir gegen Korridorrevision, du mit mir gegen Anschluß“ und so fordern die Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Völker Arm in Arm ihr Jahrhundert in die Schranken, indem sie den 6 1/2 Millionen Deutschösterreichern mit Gewalt verwehren wollen, was den nicht viel mehr Tschechen und den Polen in solchem Maß zuteil geworden ist, daß sie ihren Nationalstaaten noch Millionen andersnationaler Minderheiten eingliedern dürften.

Herr Benesch ist ein gebildeter und innerpolitisch linksstehender Mann. Er kann unmöglich unter der Angstschwelle stehen, von der sich sogar der französische Kleinbürger immer mehr befreit; ein Dr. Benesch kann nicht aufrichtig fürchten, daß die entwaffneten, unter ewiger Rüstungskontrolle stehenden, im Fall eines Krieges den französischen Bomben- und Giftgasflugzeugstaffeln wehrlos ausgehieben Nachbarn den Tschechenstaat angreifen werden. Herr Dr. Benesch muß doch außerdem wissen, daß Millionen Deutsche bereit sind, sich dem Tollwahn eines neuen europäischen Selbstmordes mit aller Kraft entgegenzustellen. Gerade diese Deutschen aber, die Republikaner, Demokraten, Sozialisten, Antimilitaristen, Friedensfreunde, die sind hier wie an der Donau die Vorkämpfer des Anschlusses, dessen politischer Charakter dadurch gekennzeichnet wird, den aber so mancher reichsdeutsche Rechtsstehende wegen des Zuwachses an Katholiken und Sozialisten gar nicht wünscht!

Nun will es aber Herr Benesch, wohl in unbewußter Fortsetzung altösterreichischer Regierungsmethoden nicht nur mit der Peitsche, sondern auch mit dem Juderbrot versuchen. Er sagt sich, man müsse die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschösterreich bessern, also gewissermaßen den vermeintlich nur notgeborenen Anschlußgedanken in Fetti des Wohllebens erstickend — über Deutschösterreich eine neue Böhmenzeit und Bodenheidepoche bringen, dann auch Anno Domini, so unter dem alten Kaiser Franz, seien die Österreicher unpolitisch und zutrübend gewesen. Also will Herr Benesch anfangs nächster Woche persönlich der Regierung in Wien gegenständige Vorschläge anbieten und wenn was daraus wird, auch Südslawien und Rumänien dazu veranlassen, d. h. die Ausfuhr deutschösterreichischer Erzeugnisse in diese drei Länder soll durch Zollermäßigungen gefördert werden. Aber das hat verschobene Hafen: zunächst hat die Tschechoslowakei ihre eigene große Industrie, der es gar nicht glänzend geht, dann aber hat sie und hat Deutschösterreich mit Deutschland die bestmögliche Vereinbarung, so daß die soviel stärkere reichsdeutsche

## Hindenburgwahl und Außenpolitik.

### Verschlechterung der internationalen Lage Deutschlands

Paris, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wie sehr die Behauptung der deutschnationalen Presse, daß die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten der deutschen Republik der außenpolitischen Situation in keiner Weise geschadet habe, im Widerspruch mit den Tatsachen steht, zeigt nicht nur die neue Verflechtung, die die amtliche Politik Frankreichs gegenüber Deutschland in den letzten Wochen erfahren hat und die nicht nur in der Erklärung über das deutsche Garantieangebot, sondern vor allem auch in der neuen Hinausschiebung der Entscheidung über die Räumung der Kölner Zone ihren Ausdruck findet, — das zeigen vor allem auch die täglichen Äußerungen der der neuen französischen Regierung nahestehenden Organe. So erklärt am Mittwoch die gemäßigete „Information“, daß, wenn auch die Wahl Hindenburgs nicht ohne weiteres die Gefahr eines sofortigen Revanchekrieges bedeute, so habe sie doch die internationale Situation sehr gründlich verändert. Wenn auch sicherlich ein großer Teil der 14 Millionen Wähler, die für Hindenburg gestimmt hätten, sich dadurch keineswegs zu einer offensiven Außenpolitik bekennen wollten, so sei es doch nicht minder eine Tatsache, daß sowohl die Außen- wie die Innenpolitik des Kabinetts Luther-Stresemann unter Hindenburg keineswegs die gleiche sein werde, wie sie unter der Präsidentschaft des ehemaligen Reichskanzlers Marx gewesen sein würde. Die deutsche Regierung gebe sich zwar erlautliche Mühe, die Welt davon zu überzeugen, daß die Richtung der deutschen Außenpolitik durch die Wahl Hindenburgs keinerlei Veränderung erfahren werde; aber es bestehe eine tiefe Kluft zwischen dem Vertrauen, das man im Ausland dem ehemaligen Reichskanzler Marx im Hinblick auf seine pazifistische und republikanische Gesinnung entgegenzubringen bereit gewesen wäre, und dem tiefen Argwohn, zu dem die den gegenwärtigen politischen Führern Deutschlands zugeschriebenen Hintergedanken berechtigt. Wenn auch zunächst noch kein Grund vorhanden sei, die Verhandlungen über den Garantievertrag abzubrechen, so stehe doch außer Zweifel, daß sie seit heute nicht mehr im gleichen Geiste geführt werden wie gestern. Während man mit einer von Marx geleiteten deutschen Regierung über die deutschen Interpretationen der Artikel 42 bis 44 des Friedensvertrages hätte diskutieren können, sei mit Hindenburg und seiner nationalistischen Regierung jede Diskussion darüber unmöglich.

### Englisch-französische Räumungsverhandlungen.

Paris, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die durch die Wahl Hindenburgs erneut unterbrochenen englisch-französischen Verhandlungen über die Frage der deutschen Entwaffnung und im Zusammenhang damit über die Räumung von Köln haben in den letzten Tagen wieder größere Aktivität angenommen. Eine definitive Einigung darüber scheint allerdings noch nicht erzielt zu sein. Die englische Regierung wünscht nach den hier aus London

Industrie sofort dieselben Vorzugszölle erhalten müßte. Und ob die Zollermäßigung Rumäniens und Südsloweniens, die beide nach Einnahmen gieren, so groß sein werden, daß sie eine wesentliche Steigerung der deutschösterreichischen Produktion nach sich ziehen, ist noch sehr fraglich. Der große französische Geldsack, der bis vor kurzem den Kleinstaaten die Rüstungen gezahlt hat, kann aber nicht mehr und wird daher auch nicht den kleinen Ententebrüdern den Zollausschlag vergüten.

Herr Benesch will ja auch noch persönlich in die Arena steigen und in Wien eine österreichisch-tschechische Gesellschaft gründen. Das ist eigentlich für einen aktiven Außenminister im Ausland ein ungewöhnliches Beginnen. Indes, wir sind keine Oberhoferemonienmeister und halten es da eher mit Hans Sachs: „Nur mit der Melodei, seid Ihr ein wenig frei, doch sag ich nicht, daß dies ein Fehler sei.“

Herr Benesch handelt als guter Tscheche, wenn er seinem Volk und Staat Freundschaften wirbt. Aber mit seinem Widerstand gegen den Anschluß, mit seiner Sabotage des Selbstbestimmungsrechts der Deutschösterreichler, tut er das Gegenteil. Kein Staatsmann handelt klug, kein Staatsmann wirbt seinem Volk dauernde, zuverlässige Freundschaften, der sich den Tendenzen einer natürlichen, notwendigen Entwicklung entgegenstellt. Das zu lernen, haben gerade die Staatsmänner der Tschechoslowakei am Beispiel Österreichs Gelegenheit genug gehabt. Und am wenigsten sollte es darum sie nach Metternichs Lorbeeren gelüsten.

## Sür und wider die Weißgardisten.

„Deutsche Zeitung“ gegen „Nationalpost“.

Es war vorauszuweisen, daß die von uns erwähnten Anklagen des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Eduard Kengel in der „Nationalpost“ gegen die weißgardistischen Elemente in Deutschland nicht nur in diesen rechtsgerichteten russischen Emigrantenkreisen, sondern auch bei ihren deutschen Protektoren wie eine Bombe wirken würden. Die „Deutsche Zeitung“, die seit jeher das Leitblatt dieser Clique ist, polemisiert in einem Leitartikel auf das schärfste gegen die Kengelschen Warnungen und wirft dem Verfasser Unrichtigkeiten, Oberflächlichkeiten, Unkenntnis der Dinge, Verallgemeinerungen und dergleichen mehr vor.

Nun ist Herr Kengel nicht der erste beste deutschnationale Abgeordnete und Schriftleiter. Vielmehr gehört er zu den Gründern seiner Partei und ist mehrere Jahre nach der Revolution Chefredakteur des führenden deutschnationalen Organs Königsbergs, der „Ostpreussischen Zeitung“, gewesen. In dieser Eigenschaft dürfte er hinreichend Gelegenheit gehabt haben, das Wesen der aus Rußland eingewanderten weißgardistischen Elemente gewissermaßen an der Quelle zu studieren. Denn Königsberg war naturgemäß, besonders in der ersten Zeit, das Hauptquartier dieser Weißgardisten und ist heute noch ihre Durchgangsstation nach dem übrigen Deutschland, wo sie ihre für die Entente so segensreiche Tätigkeit entfalten. Seine Warnungen gewinnen dadurch besonders an Wert. Die Erwiderung der „Deutschen Zeitung“ enthält das Geständnis, daß man „keineswegs für die Gesamtheit der russischen Emigranten in Deutschland eintreten“ könne, betont aber nachdrücklich, daß „ein sehr großer Teil von ihnen ehrliche Deutschfreundschaft“ hege. Die „Deutsche Zeitung“ befürchtet, daß die Ausführungen Kengels lediglich den Bolschewikern zugute kommen könnten.

Auch wir treten in der Behandlung des russischen Emigrantenproblems entschieden für Unterscheidungen und gegen Verallgemeinerungen ein. Wir wissen, daß von den Hunderttausenden vertriebenen oder geflüchteter Russen, die sich in Deutschland aufhalten, der größte Teil lediglich davon denkt, fern von jeder politischen Betätigung sich eine neue Existenz zu bauen. Andere wiederum, wie die vertriebenen Menschewiki und Sozialrevolutionäre, legen entschieden Wert darauf, sich jeder Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse zu enthalten. Aber es gibt zweierlei Gruppen von Russen, deren politische Betätigung in Deutschland unbedingt verworfen werden muß. Das sind einmal die Bolschewiki, die in mehr oder minder engem Zusammenwirken mit der Volkspartei und der Handelsvertretung aktive kommunistische

Propaganda betreiben und gemeinsam mit der RPD. alle möglichen und unmöglichen Pläne schmieden. Und das sind auf der anderen Seite jene Weißgardisten, die mit deutschen Rechtsradikalen zusammenarbeiten, weil ihre monarchistischen Restaurationspläne dadurch am besten gelöst werden können. Gegen diese politische Betätigung der beiden Extreme auf deutschem Boden muß in der Tat unbedingt Front gemacht werden. Und nachdem Herr Kengel sogar enthüllt hat, daß jene Weißgardisten zum Teil Ententespione sind, haben die Behörden die doppelte Pflicht, mit eisernem Befehl auszugehen.

## Das Blatt der Klasse.

Handelsteil gegen politischen Teil.

Die „Deutsche Zeitung“ hatte vor einigen Tagen ihren Lesern vorgelesen, daß die wegen Preiswunders verurteilten Wiener Ankerbrotwerke ein „sozialdemokratisches Unternehmen“ unter „roter Leitung“ gewesen seien. Im politischen Teil, wo sie erschien, ist diese Lüge trotz der Festsetzung des „Vorwärts“ bis heute nicht berichtigt worden. Nun aber müssen Lügner wenigstens aufmerksam sein. Durch ein Versehen hat die politische Redaktion der „Deutschen Zeitung“ es verabsäumt, auch ihren Handelsredakteur von ihren Absichten zu informieren, so daß dieser ahnungslos Herr im wirtschaftlichen Teil der „Deutschen Zeitung“ vom 6. Mai ganz harmlos folgendes schreibt:

„Es wurde seitens der Ankerbrotwerke, die eine übermächtige Konkurrenz gegenüber allen Brotfabriken und Kleinbäckern auszuüben vermochte, der Brotpreis vollkommen diktiert und diejenige mit der Vernichtung bedroht, die unter diesen herabgezogenen sich anstellte. Dies konnten die Ankerbrotwerke um so eher tun, als sie jederzeit in der Lage waren, die Preise soweit zu senken, daß keine andere Fabrik, insbesondere aber die damals noch in den Händen der Sozialdemokraten gelegenen Hammerbrotwerke, die Konkurrenz hätten aushalten können.“

Es steht schlimm um eine politische Redaktion, die sich von ihrem eigenen Handelsredakteur so nachdrücklich rektifizieren lassen muß.

## Die Hindenburglegende.

Delbrück gegen Bauer.

Wir haben vor mehreren Wochen anlässlich einer Charakteristik des Feldherrn Hindenburg, der von zahlreichen Militärkritikern nicht ernst genommen wird, u. a. auch darauf hingewiesen, daß General Ludendorff und Oberst Bauer ihren einstigen Oberbefehlshaber mit zynischer Offenheit als eine strategische Null entlarvten. Wir wiesen auch darauf hin, daß Prof. Delbrück, eine Autorität auf dem Gebiete der Militärwissenschaft, in seiner Schrift „Ludendorffs Selbstporträt“ die Aeußerung des Obersten Bauer über Hindenburg zitierte: „Wir haben dem Feldmarschall zuletzt gar nicht mehr gesagt, wo die Armeekorps standen.“

Diese Aeußerung, die der Oberst Bauer im Frühjahr 1919 anlässlich einer Unterhaltung mit Prof. Delbrück gemacht hat, und deren Wiedergabe in der Delbrückschen Schrift drei Jahre lang unumwiderrprochen blieb, wird nun vom Obersten Bauer in der Weise ausgelegt, daß er versucht habe, Professor Delbrück klar zu machen, es sei nicht eine „Hauptführeraufgabe“, bei einem Heere von rund 170 Divisionen die Stellung aller einzelnen Divisionen im Kopfe zu haben. Mit Recht wendet sich nun Prof. Delbrück in der „Bolschischen Zeitung“ gegen diesen Versuch Bauers, jetzt, nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, seiner despektierlichen Aeußerung eine harmlose Auslegung zu geben. Zugleich teilt Prof. Delbrück einen Vorgang mit, der für die Mentalität der militärischen Halbgoetter außerordentlich charakteristisch ist. In seiner bereits erwähnten Broschüre hatte Prof. Delbrück auch die Mitteilung gemacht, daß Oberst Bauer Anfang Oktober 1918 aus dem Hauptquartier nach Berlin gekommen sei, um die sofortige Abberufung des Generals Ludendorff zu verlangen, da dieser total die Nerven verloren habe. Oberst Bauer bestritt diese Tatsache, und zwar in der merkwürdigen

Form, daß er sich über Prof. Delbrück bei der philosophischen Fakultät der Berliner Universität beschwerte! Obgleich solche Dinge die Fakultät nicht im geringsten angehen, nahm Prof. Delbrück auf Grund der Beschwerde dennoch Veranlassung, dem Obersten Bauer ein Schiedsgericht vorzuschlagen zu lassen, dem sich die Zeugen für die Wahrheit seiner Behauptung vorstellen würden. Auf dieses Anerbieten hat Prof. Delbrück niemals eine Antwort erhalten.

Aus diesem Verhalten des Obersten Bauer kann man den Wert der Dementis dieses Mannes ermessen, der auf seinem einflussreichen Posten während des Krieges eine so unheilvolle Rolle gespielt hat. Man darf erwarten, daß die ein Jahr lang hingezögerte und jetzt angekündigte Veröffentlichung der Gutachten der drei Sachverständigen über die Katastrophe von 1918 dem deutschen Volke endlich Gelegenheit geben wird, in das innere Getriebe der Obersten Heeresleitung während des Krieges hineinzu-leuchten und die verhängnisvolle Tätigkeit der Militärkaste kennenzulernen, die sich heute noch anmaßt, die Rolle der „Retter“ Deutschlands zu spielen.

## Der Reichslandbund schimpft

... aber er entlastet sich nicht.

Dem Reichslandbund sind unsere Veröffentlichungen über den Kreditkandal des „Landbankkonzerns“ ordentlich auf die Nerven gefallen. Es ist schließlich keine Kleinigkeit, wenn durch das Verschulden prominenter Landbankführer die Reichsgetreidestelle um 355 000 Goldmark „erleichtert“ wird. Der Reichslandbund sucht sich nun dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß er behauptet, der Landbankkonzern sei eine Gegen gründung entlassener Landbankangestellter unter Mißbrauch des Namens gegen die Reichs-Landbankgenossenschaften gewesen. Der Reichslandbund habe seinerzeit in aller Deffentlichkeit vor dieser Reugründung gewarnt.

Wenn trotzdem dem Landbankkonzern wesentliche Kredite zu gebilligt worden sind, so trifft den Reichslandbund keinerlei Verantwortung dabei. Als dann der vom Reichslandbund vorausgesehene Zusammenbruch des Konzerns erfolgte und dadurch die Landwirtschaft in vieler Beziehung schwer geschädigt zu werden drohte, griff der Reichslandbund ein. Nur unter schweren materiellen Opfern von Seiten der Reichslandbank-Ein- und Verkauf-A.-G. war eine Sanierung möglich.

Dazu stellen wir folgende Fragen:

Ist der deutschnationale Steuerstreitkämpfer v. R a h m e r, der dem Landbankkonzern vorstand, „ein entlassener Landbankangestellter“? War er nicht vielmehr eine Säule der Landbankbewegung in der Lausitz?

Welches Interesse hatte der Reichslandbund sonst an dem Konzern, wenn er ihm nicht nahestand? — Es ist doch eine ungewöhnliche Sache, daß man einem von Anfang an bankrotten Gegner noch 355 000 M. zuwendet, um ihn zu „sanieren“. Oder fühlt sie der Reichslandbund etwa als Schutzgesellschaft für bankrotte freiberliche Kreditpekulanten?

Welches Interesse hat schließlich die „Landwirtschaft“, zu deren Vorteil der Reichslandbund angeblich die Sanierung vorgenommen hat, an dem Schutz derartiger sauler Unternehmungen?

Wie kommt die Reichsgetreidestelle dazu, mit dieser Gesellschaft zu arbeiten, wenn hinter ihr nicht maßgebende „Führer der Landwirtschaft“ standen?

Wir begnügen uns vorerst mit diesen Fragen. Der Reichslandbund, der so gern mit dem Vorwurf der Lüge um sich wirft, wird wohl oder übel dazu Stellung nehmen müssen. Im übrigen weisen wir darauf hin, daß das, was der Landbund einen „Vorwärts“-Schwindel nennt, sich auf Angaben der Reichsregierung stützt. An deren Adresse, speziell an die des Landbankministers Graf R a n i k würde sich also der Vorwurf des Schwindels richten. Ob das beabsichtigt war?

## Das Plakat.

Von Erich Gottgetreu.

Kein Buchhändler ist ein sehr anständiger Mensch und ein entsprechend schlechter Geschäftsmann, denn Geschäft und Charakter sind zwei Dinge, die nur schwer miteinander zu vereinen sind.

Als sich die Raffes aller Schattierungen ihre Bibliotheken mäterweise anschafften, benutzte kein Buchhändler nicht diese Gelegenheit, seine alten Vadenhüter loszuwerden, sondern blieb seinen volkserzieherischen Grundfäden treu; so unmodern anständig ist er.

Jüngst zeigte er in seinem Schaufenster pazifistische Schriften. Um die Tendenz der Auslage noch zu verstärken, hing er ein großes Plakat aus dem Kriegsjahr 1916 ins Fenster. Auf diesem Plakat gibt der Magistrat der Stadt Berlin bekannt, daß jeder Bürger aus dem Abschnitt C der Lebensmittelkarte Nr. 28 ein halbes Pfund Sauerkohl kaufen darf, vorausgesetzt, daß er Geld dazu und Appetit danach hat.

Wir, die wir nicht nur die „Deutsche Zeitung“ und die „Süd-deutschen Monatshefte“ lesen, wissen, daß der Buchhändler mit seinem Anschauungsunterricht sagen wollte, so schlecht waren die Menschen, sich das anzutun, so dumm, sich das gefallen zu lassen. Das Ergebnis? Zehn Millionen Tote aller Völker! Was haben sie genügt? Nichts!

Aber dann gibt es auch Leute, die haben das alles wieder vergessen und sind beleidigt und nennen einem unpatriotisch, falls man den Versuch macht, ihr Erinnerungsvermögen wieder aufzufrischen. Wenn man sie von der „großen Zeit“ reden hört, dann könnte man mondmal verzweifeln.

Gestern blieb ein plumper Frettwant vor dem Fenster stehen. Auf dem runden Bauch wippte eine schwere goldene Kette, justament eine, wie wir sie seinerzeit in heller Begeisterung für Eisen und ein Gedendblatt hergaben. An der schwalligen Hand führte der feiste Mann einen zarten etwa zwölfjährigen Knaben.

Ja, Oskar, das waren schöne Zeiten damals. Aber sie kommen wieder, sag' ich dir, gerade wenn du so weit bist. Die Schmach von Versailles muß blutig gerächt werden. Unser tapferes Heer und unsere Chemiker werden's schon schaffen.“

So sprach der Mann zum Knaben. Der guckte vergnügt in die Welt und freute sich offensichtlich auf den frisch-fröhlichen Krieg.

Der Buchhändler aber, der die Szene durch die Scheiben beobachtet hatte, sog sich in die hinterste Ecke seines Ladens zurück und weinte, weinte wie ein Kind, dem man erzählt hat, daß es vom Weihnachtsmann übergangen wird. Er weinte, wie nur ein Mensch meinen kann, dem plötzlich eine harte Erkenntnis aufgegangen ist. Aus der einen Begebenheit glaubte er den Mißerfolg aller menschlichen Erziehungsarbeit sehen zu können, das Beispiel war zu deutlich. Es müssen ja nicht immer gewaltige Ereignisse sein, die dem Menschen zum Erlebnis werden . . .

Am Abend nahm der Buchhändler das mißverstandene Plakat aus dem Fenster. Seit heute morgen geht er bereits mit der Idee um, den Laden zu verkaufen. Wie ich höre, soll ein Kneipwirt schon lange auf ihn reflektieren.

## Saßspiel Paul Wegener.

Der Schauspieler Paul Wegener kommt als Gast in das Theater am Kurfürstendamm. Die Berliner Theaterdirektoren sind nicht instande, ihn bei ihren Truppen zu halten. Er muß daher mit Künstlern, die er fleißig zusammenliest, durch die Gänge ziehen. Man sieht ihn darum in Berlin beinahe wie einen Fremden an, der sich vorstellt. Nun, von der massiven und auch geistig starken Wegenerischen Charakterisierung ist noch nichts verloren gegangen. Er ist ein Schauspieler, der sich wohl diszipliniert, dann sogar, wenn er sich eines richtigen Schauspielerfüßes bemächtigt. Die dreiatige Familientragödie „Jacqueline“ von Sacha Guitry sammelt alles, was aufregend ins Parkett hineinplagen kann. Es wird eine Gattin von ihrer Lebenspartnerin erschossen. Der Gatte, der als harter Ehepartner diesen Skandal verschuldet, beschimpft die tote noch über ihren Tod hinaus. Aber schnell bricht er zusammen und wartet auf den Moment, da sich sein unverlöblicher Haß in Verzweiflung umwandeln wird. Der verwitwete Tyrann sucht Trost bei einem hübschen Mädchen, das er aus einem schlechten Hause befreit. Auch dieses verlorene Mädchen verläßt den Mann, der ihr graufig scheint. Dritter Akt, in dem die inzwischen freigesprochene Mörderin der verschwundenen Ehebrecherin sich persönlich bemüht, um irgendwie den noch nicht erwichenen Weberschrecken auf ihre Seite zu ziehen. Und der Mann, der sich geheilt glaubte von seiner Unmenschlichkeit und Haltlosigkeit, erdrückt mit seinen Händen die Frau, die im ersten Akt die teure Gattin weggenommen hatte. All diese Probleme können groß sein, sie können auch nur Kolportage sein. Nach der ersten Hälfte des ersten Aktes, der den Kriminalinfinitiv famos anspannt, merkt man, daß es sich nur um Kolportage handelt.

Aber Paul Wegener kann diese Mängel vermissen. Gerade, da er sehr gedrungen auf der Bühne steht und anzusehen ist, wie ein wirklich angsteinflößendes Ungeheuer, wird seine eigene Angst außerordentlich überzeugend. Der starke Mann, der seinen Nebenmenschen nicht durch Fäullichkeiten verwöhnt, öffnet plötzlich seinen Kleiderkranz, um die Gewänder der ermordeten Gattin zu streicheln. Auch diese Szene ist von dem französischen Schauspieler und Dramatiker nach gutem Vorbilde ausgeklügelt und an sich ein toller Trick. Paul Wegener gibt der Szene aber eine höchst ursprüngliche Lebendigkeit. Und selbst dann, wenn von dem Dramatiker nur noch die komödiantische Akrobatik gefordert wird, erzauert Wegener den Schein von seelischen Vorgängen. So wurde schließlich doch eine Hinterreppengeschichte, die nur mit Hintertreppentronie nachherzählt werden darf, zum erschütternden Begebnis.

M. S.

Die Kunstausstellung „Der Sturm“. Volksdamerstr. 124a, zeigt im Mai, Wandmalereien aus der Werkstatt Habitt-Lindemann sowie expressionistische Keramik der Geel-Werke und eine ausgewählte Gesamtschau aller Sturm-Künstler.

Lustspiel für Primilive. „Die goldene Eva“ spielt im 16. Jahrhundert, also zu einer Zeit, wo die deutsche Dramatik noch in den Kinderschuhen steckte. Die schöne und reiche, aber — verdammt noch mal — bloß bürgerliche Goldschmiedsmitte giepert nach Standeserhöhung durch gräßliche Heirat. Moral: Hochmut kommt vor dem Fall. Der „Fall“? Sie heiratet nicht den unmöglichen Grafen, sondern den neuen, den sympathischen Gefellen: Der Inhalt — die Ebenbürtigkeitsfrage — ist, wie man sieht, von so beklemmender Harmlosigkeit und von so brennendem Interesse, daß man ihn läppisch nennen könnte. Man befürchtet, die Verfasser stammen auch aus dem 16. Jahrhundert. Das jedoch ist eine irrtümliche Annahme. Sie gehören einer — wir hoffen schon ver-rungenen — Gegenwart an: Hans v. Schönthan und Franz Koppel-Eiffeld. Dem Leiter des Schloßpark-Theaters Steglitz darf man die Wahl des Stückes nicht übel nehmen. Das Steglitzer Kleinbürgertum, provinziell und primitiv, führt sich glücklich bei solcher Kost. Die Aufführung selbst unter Richters Leitung bemegt sich auf höchst anständigem Niveau. Otto Bramis Gessell Peter ist eine fein zifelierte, durchdachte und lebensvolle Gestalt.

Eine neue Ober-Büste hat die österreichische Bildhauerin Hartmann, die Witwe unseres Genossen Ludo Hartmann, haben wollen. Eine kleine nach der Natur gefertigte plastische Skizze liegt der vorrortifischen Arbeit zugrunde, die in überlebensgroßem Format die Züge des verstorbenen Reichspräsidenten mit allen charakteristischen Details wiedergibt. Besonders gelungen erscheint der energische Ausdruck des Mundes und Rims und — das schönste an dem Werk — der Blick der halbgeschlossenen Augen. Der ganze Kopf ist von packender lebendiger Porträthäufigkeit und darüber hinaus ein Sinnbild gesammelter Kraft. Schultern und Brust sind in weich aneinander gefügten Flächen nur leise angedeutet, um den beherrschenden Eindruck der Gesichtszüge nicht zu schmälern. Ein Bronzeabguss in der Größe des Originals wird bei Gladenbeck ausgeführt werden. Daneben beabsichtigt man die Herstellung kleinerer Abgüsse in billigem Material, so daß auch minderbemittelten Republikanern die Anschaffung der Büste ermöglicht ist.

Von der Expedition Amundsen. Nach dem jüngsten Funkpruch von Nord der „Fram“ droht dem ursprünglich für Mittwoch vorgesehenen Aufstieg zum Nordpol ein Witterungsumschlag. Auf den Hochdruck im Polargebiet zwischen der Insel Spitzbergen und dem Pol ist ein Tiefdruck aus dem Labrador gefolgt, der sich nach Norden, Süden und vielleicht auch nach dem Osten ausdehnen wird, so daß sich noch nicht überblicken läßt, ob das Tiefdruckgebiet sich bis zur Polarzone erstrecken wird. Die Expedition erwartet noch die Mitteilung der Wetterstation Grönland. Der Funkpruch gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Witterungsumschlag sich auf den Süden beschränken und den geplanten Flug nicht beeinträchtigen werde. Die letzten Vorbereitungen zum Aufstieg werden inzwischen ruhig fortgesetzt. An dem Polarflug werden im ganzen 6 Personen teilnehmen. Während 5 weitere Begleiter den Flug nur bis zum letzten Aufstiegsplatz mitmachen.

„Die Straße“. Dichtung eines Jahrhunderts, heißt eine Matinee im Theater „Die Tribüne“ am Sonntag, den 20. Mai, 12 Uhr mittags, in der Gedächtnis-Gärten aus Dichtungen von Büchner, Heine, E. T. A. Hoffmann, Galden, Kleemann, Kieße, Keller u. a. lesen wird.

## Hauszinssteuerhypotheken und Bautätigkeit

### Rundgebung der gemeinnützigen Bauvereinigungen.

Im Plenarsitzungsjaal des Reichswirtschaftsrates hielt heute der Hauptverband deutscher Baugenossenschaften eine Rundgebung ab, die sich mit der Frage der Hauszinssteuerhypotheken und der gemeinnützigen Bautätigkeit befaßte. In seinen einleitenden Worten hob der Vorsitzende, Professor Dr. H. H. H., hervor, daß bedauerlicherweise bei der Feststellung der Richtlinien für die Vergütung der Hauszinssteuer in Preußen die gemeinnützigen Bauvereinigungen nicht gehört worden waren.

Als erster Referent über das Thema der Rundgebung sprach dann Direktor Bormbrod-Künster i. B. vom Verband westfälischer Bauvereinigungen. Er stellte folgende Richtlinien auf: Der Wohnungs- und Siedlungsbau müsse weit nachdrücklicher gefördert werden, als bisher. Die gemeinnützige Bautätigkeit könne mit Recht beanspruchen, daß sie bei allen öffentlichen Maßnahmen, die der Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens dienen, in erster Linie berücksichtigt werde. Das gesamte Aufkommen aus der Hauszinssteuer müsse dem Wohnungsbau zugeführt werden. Wenn die Hauszinssteuerhypotheken ihre doppelte Aufgabe (Kapitalbeschaffung und Zinsentlastung) wirklich erfüllen sollten, müßten sie in solcher Höhe und unter solchen Bedingungen gegeben werden, daß die Mieten erträglich blieben. Die Tilgungsbedingungen seien so zu bemessen, daß die Mieten in den neuen Wohnungen im allgemeinen nicht höher würden, als die jeweiligen gesetzlichen Mieten. Zu diesem Zwecke sei zu fordern, daß bei der Vergütung der Hauszinssteuerhypotheken bindende Richtlinien aufgestellt würden. Die zurückstehenden Zins- und Tilgungsbeträge seien bei zentralen Stellen zu sammeln, denen die Aufgabe zuzufallen, damit dauernd und planmäßig eine Wohnungs- und Siedlungsfürsorge zu betreiben. Es müsse auch erwartet werden, daß bald geeignete Maßnahmen für einen Wiederaufbau des normalen Hypothekensystems getroffen werden. Das Reich müsse sich in erheblicherem Umfang als bisher der ihm nach der Verfassung zustehenden Aufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens annehmen, am besten im Rahmen eines, auf Jahre hinaus festgelegten, Jahreswohnungsbauprogramms.

## Änderungen in der Unfallversicherung.

### 70% des Jahresverdienstes als Vollrente. — Keine Beseitigung der kleinen Renten.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde die Debatte über die Festlegung der Höhe der Unfallrenten und über die Beseitigung der kleinen Renten zu Ende geführt. Die Regierung beabsichtigte die Renten, die für eine Erwerbsminderung von mindestens 50 Prozent gewährt werden, nach einer Vollrente zu berechnen, die 70 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes beträgt. Die Renten aber, die für eine Erwerbsminderung von 20 bis 49 Prozent gewährt werden, nach einer Vollrente von 50 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes zu berechnen. Die Renten unter 20 Prozent sollten ganz in Fortfall kommen und künftig sollten solche Renten nicht mehr festgelegt werden. Nach der Freizugsregelung wurden die Renten bekanntlich in allen Fällen nach einer Vollrente berechnet, die 60 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes betrug.

Für die Regierungsvorlage traten die Abgeordneten Dr. B. J. J. (D. B.), Dr. Rademacher (D. B.) und Bachmeier (Bayer. Bauernb.) ein. Die Sozialdemokratische Fraktion hatte Entwürfe gestellt, die verlangten, daß der volle Jahresarbeitsverdienst bei der Rentenberechnung zugrunde gelegt wird und kein Fortfall der kleinen Renten eintritt. In der Debatte, die drei Sitzungstage in Anspruch nahm, vertraten unsere Genossen die sozialdemokratischen Entwürfe mit aller Entschiedenheit. Sie wiesen schlagend nach, daß die Argumente der Arbeitgebervertreter nicht den Tatsachen entsprechen, vor allem aber die des Syndikus eines Arbeitgeberverbandes Dr. Pfeiffer nicht, der für die Kürzung der Renten unter 20 Prozent eintrat mit dem Hinweis, daß die deutsche Wirtschaft die Lasten nicht tragen könne.

Auch der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums sowie ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums warnten vor zu starker Belastung der Wirtschaft. Gegenüber dieser Auffassung traten die Demokraten und das Zentrum, die Bayerische Volkspartei sowie einige Vertreter der Deutschnationalen dafür ein, daß als Vollrente 70 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes für alle Renten der Berechnung zugrunde gelegt wird, und daß die kleinen Renten nicht in Fortfall kommen sollten. Nachdem der sozialdemokratische Antrag abgelehnt war, der den vollen Jahresarbeitsverdienst für Vollrenten gelten lassen wollte, wurde gegen die Stimmen von Dr. Rademacher und Dr. Pfeiffer, den Bauernbündlern und Wirtschaftsparteilern ein Antrag angenommen, der 70 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes als Vollrente gelten läßt, und zwar auf Antrag der Sozialdemokratie für alle Unfallrenten. Der weitere Antrag der Sozialdemokraten, die kleinen Renten nicht zu beseitigen, wurde ebenfalls gegen die obgenannten Abgeordneten angenommen. Sodann wurde in die Beratung über die Gewährung von Rinderzulagen eingetreten. Die Beratung wurde hierüber noch nicht zu Ende geführt.

## Stahlhelmer und Landesverräter.

### Ein Prozeß vorm Staatsgerichtshof.

Leipzig, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht). Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich am Dienstag und Mittwoch der Handlungsgehilfe Gerneth aus Bamberg, früherer Hauptmann der Bamberger Stahlhelmeute, wegen fortgesetzter Spionage zu verantworten. Seit 1923 stand Gerneth ununterbrochen mit dem französischen Nachrichtendienst in Verbindung und hat gegen gute Entschädigung im unbefestigten Gebiet den Flugzeugbau überwacht. Auch über Reichswehrübungen und über die faschistische Bewegung unterbreitete er dem französischen Nachrichtendienst ständig Bericht. Im Jahre 1923 trat er in Bamberg den Stahlhelmlenten bei und fuhr, angeblich Lebensmittel für diese zu besorgen, öfter nach dem besetzten Gebiet. In Wirklichkeit aber leistete er Spionage. Viele seiner Betreuen hat er zu größere Summen geschädigt. Auch sind große Unregelmäßigkeiten in der Organisation des Stahlhelms vorgekommen. Alle Flugschriften und Schriftstücke, die ihm vom Bund „Oberland“ zugeföhrt wurden, unterbreitete er einem französischen Kapitän, wofür er gut bezahlt wurde. In der Zeit des Separatistenaufstandes wurde angeblich von rechtsradikalen Kreisen der Separatistenführer Leutnant Ortelsburg erschossen. Die Franzosen legten damals für die Ermittlung der Rörder 5000 M. Belohnung aus. Gerneth schrieb vom besetzten Gebiet einigen seiner Freunde, daß sie nach Frankfurt kommen sollten. Diese wollten er dann dem französischen Nachrichtendienst angeben und sie als angebliche Rörder bezeichnen, um so in den Besitz der 5000 M. zu gelangen. Als er Mitte Februar 1924 sich dem Polizeipräsidenten in Frankfurt anbot, auch für deutsche Behörden Spionage im besetzten Gebiet gegen Entschädigung zu leisten, wurde er verhaftet. Dabei stellte sich heraus, daß dieser ehemalige Stahlhelmlieutenant einer der gefährlichsten Landesverräter der letzten Zeit ist. Es sind zu dieser Verhandlung eine große Anzahl Zeugen geladen. Da der Hauptbelastungszeuge fehlt, wurde die Verhandlung heute abgebrochen und auf Freitag, den 8. Mai, vertagt.

## Rückkehr der Zoo-Expedition.

Dr. Luz Hed, der Assistent des Berliner Zoo, kam heute früh von seiner Abessinienexpedition mit kostbarem Tiermaterial auf dem Anhalter Güterbahnhof an. Trotz der zeitigen Stunde ist an der Ankunftsstelle schon lebhafteste Bewegung, die unermüdlichen Robats sind angriffsbereit zur Stelle. Es hilft nichts, Dr. Hed muß sich im Kreise seiner lauchenden und zischenden Lieben abtonterfeien lassen.

Eine exotische Tierrevue. Flußschweine, Gepards, Mantelpavianen, Dicheladas (auch Nachtbrustpavianen genannt), Geierperihühner mit ihrem kantschillenden Gefieder, Antilopen, Gazellen, Hängeohrschafe, junge Hyänen, Leoparden, ein junger Löwe (höchstselbst offeriert von seiner Abessinischen Majestät), es ist ein sehr unterhaltsames Bild, sehr interessantes Bild, das an uns vorüberzieht. Jene Dicheladas, die übrigens zum erstenmal in großer Zahl (30 Stück) nach Deutschland kommen: die greifenhaft wohlüberlegenen Gesichter mit den klug forschenden Augen. Ein wenig ängstlich zwar und leise miteinander tuschelnd: Kriegsrat. Aber doch durch jene Gleichmütigkeit gewappnet, zu der wir Menschen uns bisher nicht aufschwingen konnten. Eine Eigentümlichkeit fällt auf: der große, brennend rote Fleck, den die Dicheladas an der Brustoberseite tragen. Mit etwas strecher Gleichmütigkeit sehen die Hängeohrschafe aus ihrem komfortablen Holzabstufelament auf ihre zweibeinigen Kollegen herab. Der Humor dieser brauen Langohren hat nichts Berlegendes an sich. Ja, wir Schafe sind doch bessere... Mit Dr. Hauhecorne, einem Zoo-Assistenten, der Dr. Hed während seiner Abwesenheit vertrat, erklimme ich einen der Güterwagen, der zum Teil gefährliche Beute birgt. Hinten hockt ein Leopard in gut vergetertem Holzstamm. Wir nähern uns. Reizen den Sohn der abessinischen Wüste. Wie er faucht. Wie sich der Kopf mit aller Macht an die Stäbe stemmt, wie die Augen mordlustig blitzen... An den Löwen kommt man schon gar nicht ran. Alles vorsichtig in Holz gepackt. Denn es könnte fabelhaft ungemütlich werden. Sie haben eine wahnsinnige Angst und schneiden vor innerem Grauen jämmerliche Gesichter. Dem einen perlt dicke Schweiß auf der Stirn. Ein Kamel, das man fotografiert, stirbt daran, hat man ihm gesagt.

Inzwischen schwanken die Wagen — hochbeпадt — hinaus. Das knurrt und winselt — eine liebliche moderne Symphonie. Und in wenigen Tagen wird man sie wohl kunst- und regelrecht nummeriert im Zoo-haus bestaunen können.

## Änderung im Mieterschutz.

### Gelockerte Zwangswirtschaft für Großwohnungen.

Der Magistrat von Berlin hat gestern beschlossen, den Mieterschutz weiter beschränken zu lassen, die bisherige Zwangswirtschaft für Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern soll aber gelockert werden, d. h. vom 30. Juni d. J. ab können alle Karteninhaber auch ohne Genehmigung der Wohnungsämter Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern beziehen. Danach ist für diese Wohnungen vom 1. Juli ab die freie Wirtschaft in bezug auf Mieten und Vermieten, nicht aber hinsichtlich des Kündigungsrechtes des Vermieters wieder eingeföhrt.

## Der Hungerstreik in Tegel beendet.

Wie wir vor einigen Tagen mitteilten, waren am 1. Mai 20 Kommunisten, die sich im Roabiter Untersuchungsgefängnis in Haft befinden, in einen Hungerstreik eingetreten und hatten jede Nahrungsaufnahme verweigert. Dieser Hungerstreik ist gestern beendet worden, nachdem es den Vermittlungen des Rechtsanwaltes Dr. Kurt Rosenfeld gelungen war, die Zusage einer Verbesserung der Gefängnisverhältnisse zu erhalten. Außerdem wurde den Gefangenen die bestimmte Zusage gemacht, daß der Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Bogt, Anfang nächster Woche die Voruntersuchung schlichten und die Akten an den Reichsanwalt zur Erhebung der Anklage wegen Hochverrats weitergegeben werde. Der Hungerstreik war hauptsächlich in Szene gesetzt worden, weil die Angeklagten sich darüber beschwerten, daß die Voruntersuchung sich über Gebühr lange hinauszöge, da sie sich schon seit Ende Oktober v. J. in Haft befanden.

## Nationalistischer Ragenjammer.

Trotz aller Siegesparolen: Es muß unseren Monarchisten schon sehr lagenjammerlich zu Rute sein. Nachdem man sich durch diverse Alkoholika Rut und Begeisterung angesetzt hatte, sieht man nach der naturbedingten Ernüchterung die Sache wesentlich anders aus. Sehr gedämpfte Töne wenigstens schlägt ein Plakat der Deutschnationalisten an, das augenblicklich an den Plakatsäulen Berlins hängt, und in dem mit leis tropfenden Zähren gesagt wird, daß die „nationale“ Bewegung in Berlin, wie die jüngsten Wahlen schmerzhaft erwiesen hätten, noch sehr im Rückstande sei. Hier muß unbedingt Remede geschaffen werden. Gemacht, ihr Herren. Ihr werdet wohl noch viel erheblicher in den so bewegt bedauerten „Rückstand“ geraten. Berlin ist republikanisch. Schmerzhaft zwar für die monarchistischen Intriganten, aber sehr wahr. Das wird ihnen hoffentlich in der kommenden Zeit noch viel deutlicher vor's treudeutsche Auge treten.

## Araber als Wechelschwindler.

Die Beschäftigte ist international geworden, das beweisen zwei farbige Schwindler, vor denen die öffentlichen Kassen gemarnt werden müssen. In Magdeburg erschienen kürzlich zwei junge Männer, die den Eindruck von Arabern oder Arabern machten, an den Kassen der Eisenbahn, der Post und des Magistrats. An allen Stellen gaben sie, angeblich der deutschen Sprache nicht mächtig, durch allerlei Zeichen zu erkennen, entweder, daß sie große Geldsummen in kleine oder kleine in große umgewandelt haben möchten. Zunächst verlangten sie durch entsprechende Gesten 5-Mark-Scheine. Dann bedeuteten sie, daß sie mißverstanden seien und 10-Mark-Scheine haben möchten. Endlich gaben sie zu verstehen, daß sie wieder nicht richtig verstanden seien und Dollar haben wollten. Hiermit konnten ihnen aber die Kassierer, die ihnen sonst gern ausgeholfen hätten, nicht dienen. Die beiden gaben hierauf das bereits eingewechselte Kleingeld zurück, erhielten ihre großen Scheine wieder und empfahlen sich. Erst abends bei der Abrechnung stellten alle Kassierer fest, daß die beiden Farbigen bei den Wechselverhandlungen eine größere oder kleinere Zahl der Geldscheine gestohlen hatten. Die Schwindler gehören wahrscheinlich einem Arabertrupp an, der mit Frauen und Kindern von Köln kam, um über Magdeburg nach Berlin zu fahren. Die ganze Gesellschaft übernachtete in Magdeburg in einem Ggthaus und wurde kurz vor Abfahrt des Zuges zum größten Teil festgenommen. Die beiden Gauner aber befanden sich nicht unter ihnen. Sie hatten sich wahrscheinlich von ihrem Trupp getrennt, um nach Gelingen ihres Streiches später wieder zu ihnen zu stoßen. Der eine ist etwa 25 bis 30 Jahre alt und mittelgroß, hat einen schwarzen Schnurrbart und trug einen grauen Anzug und einen grauen Hut. Der andere, etwa ebenso alt und groß, ist barlos und trug zu einem blauen Anzug eine graue Sportmütze.

„Gemeindefeststellungsrecht“. Am Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, spricht im Bürgeraal des Reuten Schöneberger Rathauses Präsident Dr. Siegel, Berlin, über das „Gemeindefeststellungsrecht“. Es handelt sich um die wichtige Frage einer Neuordnung des Schankgesetzes, wie um den Schutz der Jugend vor dem Alkoholismus.

## Neuer Milkrieg gegen Berlin.

### Der Brandenburgische Landbund fordert höhere Preise.

Wegen des Milchpreises, der gegenwärtig in Berlin 26 Pfennige beträgt, sind zwischen den Produzenten und den Berliner Milchhändlern Differenzen entstanden, die sich möglicherweise schon in nächster Zeit in einer für die Versorgung der Bevölkerung nicht gerade günstigen Form auswirken können. Die Landwirtschaft erhält gegenwärtig für den Liter Milch 15,5 Pf. frei Berlin, wobei man die Fracht mit etwa 1 Pf. berechnen kann. In der Rainummer des „Brandenburgischen Landbundes“ wird nun in einem Artikel erklärt, daß 14,5 Pf. für den Liter Milch die Produktionskosten des Landwirts nicht bedecken und daß es ratsamer wäre, die Milch gleich an Ort und Stelle zu verbüttern, weil auf diese Weise eine Rentabilität der Milchwirtschaft erzielt werden könne. In dem Artikel heißt es dann weiter, daß eine Anzahl Landwirte bereits die Milchlieferungen nach Berlin eingestellt haben und der Schluß des Artikels heißt wörtlich: „Wir richten daher an alle unsere Berufsgenossen die Bitte und Aufforderung, diesem uneren Kampf gegen die Milchhändler beizutreten und uns in der Weise zu unterstützen, daß sie die Milchlieferungen an die Milchhändler entweder ganz einstellen, oder nach Möglichkeit einschränken. Wir sind fest überzeugt, daß in wenigen Wochen die Milchhändler dann von selbst an uns herantreten und uns Preise bewilligen werden, die zum mindesten die Selbstkosten der Erzeuger decken müßten.“

Der Artikel des Landbundes enthält natürlich, wie das von dieser Seite nicht anders zu erwarten ist, eine Reihe von Fälschungen. Berlin erhält täglich 850 000 Liter Milch, von denen jedoch nur 700 000 abgelehrt werden können. Vor dem Kriege wurden täglich rund 1 300 000 Liter in Berlin verkauft. Die Abjagmöglichkeit ist also um fast 50 Prozent zurückgegangen. Die Kleinhandelsverdienstspanne für den Milchhändler beträgt heute 4 Pf., die Vermarktungskosten durch die Milchlieferungs-gesellschaft 7,5 Pf. pro Liter. Es ergibt sich also, daß für die mehrermäßige Behandlung der Milch in Berlin, für die Transportlohn vom Bahnhof nach der Molkerei und zum Kleinhändler die staatliche Summe von 6,3 Pf. pro Liter aufgewendet werden muß. Die maßgebenden Instanzen sind der Ansicht, daß hier weitere Verbilligungen einzuwirken müßten und daß sowohl von der Verdienstspanne des Kleinhändlers, als auch der Molkereien und Transportgesellschaften wesentliche Abstriche gemacht werden müßten, um den Milchpreis auf etwa 23 Pf. weiterzusinken. Man hofft zurzeit noch, daß auch die Landwirtschaft sich der Ermüdung nicht verschließen wird, daß auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse die Produzenten heute mit geringeren Verdiensten zufrieden sein müssen als vor dem Kriege und daß auf dem Wege gütlicher Verständigung der vom Landbund propagierte Lieferstreik unterbleibt.

## Schnedenpost im Zeitalter der Flugpost.

Ueber Berliner postalische Krähwinkelleien hat man in der letzten Zeit allerlei gehört. Man kann alle Tage neue Ueberraschungen erleben. In der Köthener Straße am Hause der Hochbahngesellschaft steht ein großer Briefkasten, himmelblau gestrichen und einladend ansehend. Es zeigt sich aber auch hier wieder, wie wahr des Dichters Wort ist: Bestehend ist der äußere Schein. Fast man nämlich den herrlichen himmelblauen Kasten etwas aufmerkamer ins Auge, dann stellt man entsetzt fest, daß er abends bereits um 9 Uhr zum letztenmal gelehrt wird und dann erst wieder früh um 4 Uhr. Eine Postkassette also, die abends nach 9 Uhr in diesen im Zentrum des Berliner Verkehrs gelegenen Kasten geworfen wird, wird nicht etwa bereits am anderen Morgen an Ort und Stelle mit der ersten Post ausgetragen, sondern gelangt erst mittags in die Hände des Empfängers, und in den äußeren Vororten erst gegen Abend. Er braucht also in diesem Falle, um von Berlin in den Vorort zu gelangen, 20 Stunden. In vier Stunden aber geht ein Flugpostbrief von Berlin nach Kopenhagen. Also Schnedenpost im Zeitalter der Flugpost.

## Achtung, Wahlsonntag!

Republikaner, die am letzten Wahlsonntag, am 26. April, nachm. gegen 2 1/2 Uhr, beobachtet haben, wie in der Kleinen Frankfurter Straße, dicht vor dem Polizeipräsidenten, ein Lastauto mit Anhänger, besetzt mit Reichsbannertruppen, von der Polizei angehalten wurde, werden um ihre Adressen gebeten. Alfred Günther, Lichtenberg, Botanstr. 10. Auslagen werden gern vergütet.

Das gestrige erste Frühlingsgewitter hatte verschiedene Verlehrsörungen im Gefolge. Ein Blitz schlug in eine Laube, die völlig niederbrannte. Nur ein Teil der Möbel konnte gerettet werden. Die Feuerwehr war bis abends 8 Uhr tätig. Der gewaltige Regen verursachte eine Ueberschwemmung an der Bahnüberführung Schönholz in Reinickendorf-Ost. Die Verkehrsstörung dauerte 1 1/2 Stunden. Eine große Straßenreinigerkolonne mußte die Wassermassen beseitigen. Eine weitere Ueberschwemmung entstand in Wittenau, wo die Möbel einer Kellerwohnung über 1 1/2 Meter tiefem Wasser standen. Die Feuerwehr mußte die Wohnung auspumpen.

## Ein Giftmord-Prozeß.

Oera, 6. Mai. (Zl.). Vor dem Schwurgericht begann heute morgen der Prozeß gegen die Ehefrau des Landgerichtsrats Frische aus Alenburg, die unter dem Verdacht steht, an ihrer Schwägerin Frau Mühlig-Hofmann aus geminnlichstigen Motiven einen Giftmordversuch begangen zu haben. Die Angeklagte bestreitet jede Schuld. In der Rachmittagsstunde wird Frau Mühlig-Hofmann über neue unklare Punkte aus ihrem Vorleben vernommen. Es werden ihr verschiedene kleine Diebstähle vorgeworfen, die sie entschieden in Abrede stellt. Zu der Sache selbst behauptet sie, gehen zu haben, daß Frau Frische, als sie sich unbeschadet glaubte, ihre beiden Kaffeekassen vertauschte, auf Vorhalten aber dieses bestritt. Der Kaffeejamecke der Zeugin bitter. Die Untersuchung des Kaffees ergab, daß Gift und zwar Strychnin in tödlicher Menge in ihm enthalten war. Einige Tage später erkrankte Frau Mühlig-Hofmann bei der Staatsanwaltschaft in Alenburg Anzeige. Für Donnerstag ist der Lokaltersmin in Ehrenhain anberaumt.

In die Tiefe. Nach einer Meldung aus Bottrop sind am Dienstag abend auf Zeche „Arrenberg-Fortsetzung“ zwei Schloffer beim Abmontieren eines Hapfels verunglückt. Sie stürzten mit dem Hapfel in die Tiefe und wurden von den herabfallenden Gesteinsmassen begraben. Die Bergung der Leichen ist mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Ueberschwemmungen in Jugoslawien. Nach einer Meldung aus Belgrad sind in Jugoslawien weite Strecken Landes überschwemmt. Das Wasser steht in Paracin 2 Meter hoch. Mehrere Häuser sind eingestürzt, auch zahlreiche Menschenopfer sind zu beklagen. Viel Vieh ist ertrunken. Die Eisenbahnstrecke Paracin-Jajce ist zerstört. Auch in Syrmien und im ganzen Banat hat die Ueberschwemmung großen Schaden angerichtet. Die Save beginnt zu fallen.

Schwere Explosion bei Pittsburg. In der Nähe von Pittsburg sind durch eine Explosion 6 Personen getötet und 32 zum Teil schwer verletzt worden. Die Gebäude in der Nähe des Explosionsherdes haben starken Schaden erlitten.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

26. Mt. Freitag abend 1/3 Uhr Sitzung aller Funktionäre bei Barfuß, Friedenstraße 88.  
1. Mt. Schöneberg. Freitag abend 1/3 Uhr Funktionärenversammlung bei Jäger, Barbarenschloßstraße 5a. Wichtige Mitteilungen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Internationales Nachtbrotverbot.

Der Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband hatte am Montag eine stark besuchte Versammlung der Bäcker und Konditorengehilfen einberufen, die eine Demonstration zur kommenden 7. Arbeitszeitkonferenz in Genf darstellte. Der Gauleiter Scharf aus Bremen referierte und begründete die unten folgende Entschliessung. In der Diskussion traten zwei Arbeitgebervertreter, darunter der Obermeister Gräber, für die Beibehaltung des Nachtbrotverbot im Sinne der gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen ein. Ein unverdauliches Durcheinander verzapfte Herr Bäckermeister Schubert, von der „Freien Vereinigung der Bäckermeister“. Aus seiner langen Rede war nicht zu entnehmen, ob er für oder gegen die Nachtarbeit ist. Er versuchte die Arbeiterorganisationen gegeneinander auszuspielen, was den nächsten Nebner, Genossen Siebke vom Bezirksverband Berlin der SPD, veranlasste, ihm zu raten, „bei seinen Schrippen zu bleiben“. Siebke trat für den Achtstundentag und für die Befreiung der Nachtarbeit ein.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 4. Mai 1923 in Berlin tagende öffentliche Versammlung der Bäcker- und Konditorengehilfen nimmt Kenntnis von den Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes, das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien in allen ihm angeschlossenen Ländern einheitlich zu regeln. Die Versammelten werden diese Bestrebungen in jeder Hinsicht nach besten Kräften unterstützen.“

Die Versammlung bedauert auf das lebhafteste, daß, obwohl allgemein die Schädlichkeit der Nachtarbeit in den Bäckereien für die Berufstätigen bekannt ist und für die Konsumenten große Gefahren in hygienischer und sanitärer Hinsicht in sich birgt, einige Länderregierungen auf Verlangen rücksichtloser Unternehmer hin grobe Verschlechterungsanträge an die 7. Arbeitszeitkonferenz stellten. Die Annahme dieser Anträge wäre gleichbedeutend mit der Wiedereinführung der Nachtarbeit und all der schauerhaften Zustände wie sie vor deren Beseitigung bestanden. Die Versammelten erheben gegen diese Veruche den schärfsten Protest und erwarten von der Arbeitszeitkonferenz, daß sie die Anträge einmütig ablehnt.

Von der deutschen Reichsregierung verlangen die Bäcker- und Konditorengehilfen, daß unbestimmt des Ausgangs der Internationalen Regelung, in Deutschland die geltende Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien unangetastet bestehen bleibt und endlich gegen die Saboteure der Verordnung mit schärferen Strafbestimmungen, in Wiederholungsfällen mit Geschäftsschließung, vorgegangen wird. Die Forderungen der Unternehmer auf Zulassung eines früheren Arbeitsbeginnes als 6 Uhr morgens in Bäckereien oder der Sonntagsarbeit in den Konditoreien, sind von den Behörden abzulehnen, weil sie geeignet sind, die Verordnung zu durchlöchern und schließlich ganz zu Fall zu bringen. Die hohe kulturelle, sittliche und hygienische Bedeutung der Frage muß es den amtlichen Stellen, die berufen sind, über das Wohl der Gesamtheit zu wachen, zur Pflicht machen, diesen besonderen Arbeiter- und Konsumentenschutz voll auszuüben und weiter auszubauen.

Und die Konsumenten richten die Versammelten den Appell, die Bäcker- und Konditorenarbeiter in ihren Bestrebungen weitestgehend zu unterstützen. Nahrungs- und Genussmittel sind Vertrauensartikel und es soll und kann den Konsumenten nicht einerlei sein, unter welchen Umständen diese Erzeugnisse hergestellt werden.“

## Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Am 3. Mai hielten die Berliner Fabrikarbeiter ihre Generalversammlung ab, um zum Geschäftsbericht der Ortsverwaltung wie auch zum 15. Verbandstag Stellung zu nehmen. Der gedruckte vorliegende Bericht samt den mündlichen Ergänzungen des Bevollmächtigten B. Reimann lösten eine lebhaftige Debatte aus, in der die Kommunisten ihre Thesen anzubringen versuchten, jedoch den entschiedensten Widerstand unserer Genossen hervorriefen. Allgemeine Heiterkeit erweckte der Kommunist Stabe, der die Gewerkschaften für die Wahl Hindenburgs verantwortlich machen wollte und eine Resolution von Unorganisierten, die die Aufforderung zum Generalkstreik in der Chemie enthielt, verteidigte.

Bemerkenswert ist die Neuaufnahme von 1700 Mitgliedern, sowie die anhaltende Besserung der Finanzlage der Zahlstelle, die Reimann allerdings immer noch als unzureichend bezeichnet angesichts der großen bevorstehenden Kämpfe, von denen namentlich die in der chemischen Industrie zu erwähnen sind. Im letzten Quartal konnten der Hauptkasse 26314 Mark in bar überliefert werden, daneben wurden an Streikunterstützungen usw. 9445 M. gezahlt. Einnahme und Ausgabe der Lokalkasse bilanzieren mit 25346 M. und einem Kassenbestand von 3957 M. Trotz der kommunistischen Wählarbeit und den Angriffen der Unternehmer geht es wieder vorwärts. Gegen neue Zersplitterungsversuche werden sich die Berliner Fabrikarbeiter zu wehren wissen.

Ein Antrag des Bezirks Charlottenburg, die Delegierten zur Generalversammlung wieder zu jeder Generalversammlung neu zu wählen, wurde abgelehnt.

Zum Verbandstag behandelte der 2. Bevollmächtigte Räder die vorliegenden Anträge. Die Kommunisten beantragten „Kämpfe auf breiter Grundlage“, Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Einigungsverhandlungen mit dem Industrieverband Chemie, einheitlichen Lohn usw. Alle diese Anträge verfielen der Ablehnung gegen wenige Stimmen. Angenommen wurde ein Antrag, der die Erhöhung der Unterstützungssätze bei

Streits auf das 24-fache des Beitrages verlangt, ebenso ein Antrag, der den gewählten Delegierten und dem Hauptvorstand nur das Stimmrecht auf dem Verbandstag zugestehen will. Abgelehnt wurde weiter ein Antrag, der den wöchentlichen Beitrag gleich einem Stundenlohn festsetzen will.

Zum Schluß wurde die Wahl der Kandidaten zum Verbandstag vorgenommen. Zum Delegierten des Gaus III für den Gewerkschaftskongress wurde der Vorliegende B. Reimann gewählt. Weitere Vorschläge aus anderen Zahlstellen ließen nicht vor.

Auch der Verkauf dieser Generalversammlung hat gezeigt, daß die Kommunisten mit ihren Quertreibereien in den Berliner Gewerkschaften endgültig erledigt sind. Sie bilden nur noch ein kleines Häuflein Quersulanten. Die Arbeiterschaft hat erkannt, daß die KPD. zwar groß im Zerstoren der Gewerkschaften, jedoch unfähig zum Aufbau der Gewerkschaften ist.

## Tariffkampf in der Chirurgiemechanik.

In der Groß-Berliner Chirurgiemechanik wird seit Jahresfrist ohne Tarifvertrag gearbeitet. Vor einiger Zeit hat nun der Deutsche Metallarbeiterverband der Arbeitgebergruppe für die Chirurgiemechanik Groß-Berlins einen Tarifvertragsentwurf eingereicht, um die abgebrochenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Der Entwurf stütze sich im wesentlichen auf den früheren Tarifvertrag und sah die 46 1/2 stündige Wochenarbeitszeit vor. Die Arbeitgeber aber brachten in einem Gegnentwurf einen ganzen Strauß von Verschlechterungen zusammen. Sie verlangten die 54 Stundenwoche, Urlaubsverschlechterung, und die Möglichkeit, Keuseinzuverlässige bis zu 20 Prozent ohne Benutzung des Arbeitsnachweises zu suchen. In den Verhandlungen gelang es den Organisationsvertretern die Arbeitszeit auf 48 Stunden festzusetzen. Die Unternehmer verlangten nunmehr aber, daß sie bis zu vier Ueberstunden wöchentlich ohne Benachrichtigung der gesetzlichen Betriebsvertretung anordnen können. In der Praxis hätte ein solches Zugeständnis an die Arbeitgeber bedeutet, daß mindestens 52 Stunden in der Woche gearbeitet würde. Die Unternehmer verlangten weiter, daß beim Arbeitsstellenwechsel kein Urlaubsanspruch erhoben werden kann.

Eine Vollversammlung der in der Chirurgiemechanik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm nach dem Bericht von Rahmann zu den Absichten der Unternehmer Stellung. Alle Diskussionsredner wandten sich dagegen. Die Versammlung beschloß einstimmig, auf eine kollektive Regelung des Arbeitsverhältnisses zu verzichten und dafür die Urlaubs- und Arbeitszeitregelung in den einzelnen Betrieben durchzusetzen.

Das Verlangen der Unternehmer nach der Wiedereinführung der 54 Stundenwoche zeigt, wie reaktionär die Arbeitgeber-Gruppe dieser Branche ist. Die Arbeiter haben bisher noch stets für die wechselnde Geschäftslage der Branche Verständnis gezeigt. Wenn die Unternehmer die Verteilung der täglichen Arbeitszeit den einzelnen Betrieben überlassen wollen, so bedeutet dies eine Ausdehnung der Arbeitszeit bis zu 10 Stunden täglich, wenn der frühere Geschäftsfluß am Sonnabend beibehalten werden sollte. Die Einstellung von 20 Prozent der Belegschaft ohne Benutzung des Arbeitsnachweises ist um so weniger gerechtfertigt, weil in der Chirurgiemechanik mit einer sehr hohen Arbeiterlosigkeit zu rechnen ist, die nach statistischer Beobachtung höchstens bis zu 10 Prozent die Betriebe im Jahre wechselt. Die Unternehmer, die offenbar aus den bisherigen Kämpfen wenig gelernt haben, haben durch ihr Verhalten neuen Kampf in den einzelnen Betrieben heraufbeschworen.

## Der Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 6. Mai. (Mitt.) Die wir erfahren, fanden heute im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über den Antrag der Angestelltenverbände auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches im Versicherungsgewerbe vom 8. April statt. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Das Reichsarbeitsministerium wird versuchen, die beiden Parteien zu einer Verständigung zu bringen. Die nächsten Verhandlungen sind für Dienstag vormittag 11 Uhr angesetzt.

## Die Holzarbeiterausperrung in Schlesien.

Hirschberg (Schlesien), 6. Mai. (Mitt.) Mittwoch früh ist im Gebiet des Landesverbandes der schlesischen Holzindustrie die Gesamtausperrung der Belegschaften erfolgt, von der in circa 400 Betrieben 7000 Arbeiter betroffen werden.

In Schlesien grassiert jetzt offenbar die Aussperrungsmanie. Auch die Metallarbeiter in Niederschlesien sollen ausgesperrt werden.

## Konzentrationsbestrebungen in England.

Aus London meldet EP: Es ist beschlossen worden, am 22. Mai in London eine Konferenz der Vollzugsausschüsse der Grubenarbeitergewerkschaften, der Eisenbahnerunion, des Lokomotivhelferverbandes, der Transportarbeitergewerkschaften und der Reganiergewerkschaften einzuberufen, um die Frage einer Allianz dieser Arbeiterorganisationen zu prüfen, durch die die genannten Verbände sich verpflichten würden, im Falle von Ausfällen sich gegenseitig zu unterstützen.

Generalverband der Reichslisten und Helfer, Geschäftsstelle Groß-Berlin. Generalversammlung morgen Freitag abend 6 Uhr, Saal 1 des Gewerkschaftshauses. 1. Wahlprüfung über die Vorlage des Verbandsvorstandes und Verbandsbeitrages auf Abänderung der Statuten. 2. Geschäftsbericht für das erste Quartal. 3. Diskussion, 4. Kassenbericht für das erste Quartal 1923. Es ist Pflicht eines jeden Mitglieds, die Generalversammlung zu besuchen!

# Wirtschaft

## Hauszinssteuer und Wohnungsneubau.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind jetzt von den amtlichen Stellen die Grundsätze bekanntgegeben worden, nach denen in diesem Jahre in Preußen der Wohnungsbau gefördert werden soll. Die Mittel dazu fließen bekanntlich aus der Hauszinssteuer, die für diesen Zweck vom 1. April ab um 4 Prozent der Friedensmiete erhöht worden ist. Im ganzen werden in Preußen zurzeit etwa 28 Prozent Friedensmiete als Hauszinssteuer erhoben, von denen die Hälfte für den Wohnungsbau bestimmt ist, während der übrige Teil für andere Fürsorgezwecke des Staates oder der Gemeinden in Anspruch genommen wird. Der Gesamtbetrag, der noch der jetzigen gesetzlichen Regelung im laufenden Jahre in Preußen für die Förderung der Neubautätigkeit bestimmt ist, ist auf etwa 325 Millionen Mark anzunehmen gegen 225 Millionen Mark im Jahre 1924. Davon entfallen zu unmittelbarer Verfügung durch die Gemeinden und Kreise etwa 185 Millionen Mark, während dem Staate die Verfügung über 140 Millionen Mark vorbehalten ist. Diese staatlichen Mittel sollen auch jetzt vorwiegend dazu dienen, einen gesunden Ausgleich zwischen den verschiedenen liegenden Bedürfnissen der einzelnen Staatsgebiete und ebenso der einzelnen Gemeinden zu schaffen. Vor allem aber sollen es die staatlichen Mittel auch möglich machen, den unter fremder Bejahung leidenden Gemeinden die dringend notwendige Erleichterung ihrer Wohnungsnot zu bringen, soweit in dieser Beziehung nicht vom Reiche besonders zu sorgen ist. Weiter sollen diese staatlichen Mittel dazu helfen, den nach vielen Tausenden zählenden Flüchtlingsfamilien, die heute noch — und das zum Teil schon seit Jahren — unter den unglücklichsten Umständen leben müssen, wieder einigermaßen erträgliche Wohnungsverhältnisse zu schaffen.

In bezug auf die Vergebung der öffentlichen Wohnungsbaumittel im einzelnen verbleibt es auch weiter bei dem im Vorjahr eingeführten Verfahren, d. h. es werden auch künftighin sog. Hauszinssteuerhypotheken bewilligt. Von einer allgemeinen Erhöhung der Durchschnitts- und Höchstätze für die zu bewilligenden Hauszinssteuerhypotheken ist ungeachtet der seit dem vergangenen Jahr eingetretenen Steigerung der Baukosten abgesehen worden, um eine unerwünschte Schmälerung des Bauprogramms zu vermeiden, aber auch, um nicht einer weiteren Steigerung der Baukosten Vorschub zu leisten. Dabei ist auch in Betracht gezogen, daß die seit dem Beginn des Vorjahres erfolgte Steigerung der Mieten eine höhere Rentabilität der Neubauten gesichert und damit eine Erweiterung der Beilegungsgrenze für die neben der Hauszinssteuerhypothek aufzunehmenden Hypothek geschaffen hat. Um die Mieten in den neuen Wohnungen gleichwohl erträglich zu halten, sollen die Zinsen für die aus öffentlicher Hand fließenden Hypotheken, solange und soweit sich für die neu erbauten Wohnungen höhere Mieten als für die Altwohnungen ergeben, im Wege des Nachlasses allgemein auf 1 Prozent herabgesetzt werden. Im übrigen ist zugelassen worden, daß die aus Hauszinssteuerhypotheken fließenden Zinseinnahmen der Gemeinden zu Zinszuschüssen zwecks Verbilligung solcher Hypotheken verwendet werden können, die neben der Hauszinssteuerhypothek zu hohem Zinssatz aufgenommen werden müssen.

Neu ist weiterhin eine Maßnahme, die dazu dienen soll, kinderreichen Familien die Beschaffung eines Eigenheims zu erleichtern. Soweit die Mittel dazu ausreichen, können danach Familien mit vier und mehr unversorgten Kindern zur Errichtung eines Eigenheims neben der Hauszinssteuerhypothek sog. Zusatzhypotheken gewährt werden, die allerdings nicht über ein Drittel der eigentlichen Hauszinssteuerhypothek hinausgehen dürfen. Diese Zusatzhypotheken, die zunächst für die Dauer von fünf Jahren un kündbar sind, sind nur mit 4 Prozent zu verzinsen. Im übrigen sollen ganz allgemein bei der Vergebung der Hauszinssteuerhypotheken kinderreiche Familien und Schwerkrankenbedürftige, insbesondere Kriegsblinde, sowie weiter solche Bauvorhaben vorzugsweise berücksichtigt werden, die in der Form der Reichsheimstätte errichtet werden.

Die Lage in der Braunkohlenindustrie. In der Generalversammlung der Risse Bergbau-A.G. führte Generaldirektor Schumann über die Geschäftslage folgendes aus: Der Verlauf des ersten Quartals 1923 war zufriedenstellend. Der Betrieb vollzog sich ohne Störungen. Die gesamte Tagesförderung wurde zum Versand gebracht. Die Preise blieben gegenüber dem letzten Quartal 1924 unverändert, während die Löhne in die Höhe gingen. Es wird in zwei Schichten gearbeitet. Jede Schicht hat eine ununterbrochene Arbeitszeit von 10 Stunden, dazu kommen noch 2 Stunden Pause, so daß die Gesamtarbeitszeit 12 Stunden beträgt. Im April ist der Abgang ins Stocken geraten, es mußte ein Teil der Förderung auf Vorrat gelegt werden. Es ist jedoch zu erwarten, daß im Juli/August der Abgang wieder eine Belebung erfahren wird. Das Ostbische Braunkohlenindikat hat nämlich beschlossen, unterschiedliche Sommer- und Winterpreise für Hausbrand einzuführen, so daß die Abnehmer von der Vergünstigung der Sommerpreise Gebrauch machen und dementsprechend ihre Bestellungen einrichten werden. Die in unserem Blatte schon besprochene Bilanz und der Geschäftsbericht gelangten gegen eine kleine Minorität zur Annahme. Die Verworfung verteilte auf die Stammaktien und auf die Genussscheine 5 Prozent, auf die Vorkursaktien und auf die noch im Umlauf befindlichen Vorkurs-Stammaktien 6 Prozent Dividende.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Hans Soltau; Gewerkschaftsbewegung: Walter Göttsch; Redaktion: Dr. John Schlemmer; Lokales und Sonstiges: Fritz Korb; Anzeigen: H. Glöckner; Druck: H. Glöckner; Verlag: Hermann Glöckner & Co., Berlin, Druck: Hermann Glöckner & Co., Berlin, Eichenstraße 3.

4 Pfd. Kakao 95 Pfg. Marke Bunsdorp  
 1 „ feine Praline 95 Pfg.  
 2 „ Dose Karotten 95 Pfg.

# Populär billige Lebensmittel

2 Pfund Kohlrabi  
 1 Dose Bohnen  
 mit Speck  
 1 Pfund Kunsthonig 95 Pfg.

Schweineband	Pfund	75 Pf.
Schweineschulterblatt	„	85 Pf.
Schweineschmelz	„	120 Pf.
Schweinekotelet	„	100 Pf.
Kalbsvorderfleisch	„	55 Pf.
Kalbsrücken	„	65 Pf.
Kalbskeule	„	80 Pf.

Pa. Leberwurst	Pfund	55 Pf.
„ Rotwurst	„	65 Pf.
„ Fleischwurst	„	85 Pf.
„ Teewurst	„	50 Pf.
„ Salamiwurst	„	40 Pf.
„ Schinkenwurst	„	45 Pf.
„ ger. Landschinken I. Qual.	„	170 Pf.
„ ger. Schinkenkassler	„	110 Pf.

Pa. Odsenfleisch ger.	Pfund	50 Pf.
Suppenfleisch	„	70 Pf.
Schmorfleisch	„	30 Pf.
Rindherzen	„	30 Pf.
3 Pfund Junger Spinal	„	15 Pf.
1 Duzend Blutapfelsinen	„	55 Pf.
Ein Gelegenheitsposten		
Pa. Knackwurst	Pfund	120 Pf.

Bohnen mit Speck Lose 15 Pf. 7 Dosen 95 Pf. Speiseleib Pfund 70 Pf. Schweineköpfe, gep. Pfund 27 Pf. Griebsdumal Pfund 1.00

Das große Warenhaus des Nordens  Swinemünder Straße 86 Ecke Lortzingstraße  
 Gebrüder, Aktien-Gesellschaft